

Kemfert, Claudia; Traber, Thure

Article

Strommarkt: Engpässe im Netz behindern den Wettbewerb

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Kemfert, Claudia; Traber, Thure (2008) : Strommarkt: Engpässe im Netz behindern den Wettbewerb, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 75, Iss. 15, pp. 178-183

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151586>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Strommarkt: Engpässe im Netz behindern den Wettbewerb

Claudia Kemfert
ckemfert@diw.de

Thure Traber
ttraber@diw.de

Der Wettbewerb auf dem Strommarkt in Deutschland und einigen anderen EU-Ländern lässt immer noch zu wünschen übrig. Brüssel drängt heute vor allem Deutschland und Frankreich, mehr Wettbewerb zuzulassen. Deutschland öffnete den Strommarkt zwar im Jahr 1998 und ließ zu, dass die Verbraucher den Anbieter frei wählen können. Das Land hat seit dieser Zeit jedoch nicht wirklich Wettbewerbspolitik betrieben. Der Wunsch Brüssels, die Netze strikt von der Energieproduktion zu trennen, wird von Deutschland nicht unterstützt. Dennoch bekommt die Entwicklung neuen Schwung: Nach der Bekanntgabe von Eon, die Netze zu veräußern, nimmt der Druck auf die restlichen Energieversorger zu, diesem Beispiel zu folgen. Ausschlaggebend für mehr Wettbewerb sind allerdings der Ausbau der Netze in Europa, die Vermeidung von Marktmissbrauch, ein Marktmonitoring seitens einer EU-Regulierungsbehörde und eine einheitliche EU-Strömbörse.

Der Strommarkt in Deutschland wird von vier großen Anbietern dominiert, die über 80 Prozent der Stromproduktionskapazitäten kontrollieren und zudem die Stromnetze besitzen. Seit der Marktöffnung im Jahr 1998 hat sich eine oligopolistische Marktstruktur entwickelt.¹ Es wurde versäumt, gleich zu Beginn der Marktöffnung eine echte Wettbewerbspolitik einzuführen, die dafür sorgt, dass der Anteil potentiell marktbeherrschender Unternehmen gering bleibt. Zudem wurde keine strikte eigentumsrechtliche Trennung von Produktion und Netzbetrieb durchgesetzt. Darüber hinaus wäre die Schaffung einer Regulierungsbehörde dringend erforderlich gewesen, die von Anfang an den Markt beobachtet und die Netzentgelte sowie die Qualität der Netze und Produktionskapazitäten kontrolliert. Erst auf besonderen Druck Brüssels im Jahr 2006 ist die deutsche Regulierungsbehörde eingerichtet worden. Die Netzentgelte sind nun durch die Bundesnetzagentur zu genehmigen und entsprechende Netzentgeltanträge der Unternehmen wurden bereits wiederholt gekürzt. Zusätzlich sorgen umfangreiche Veröffentlichungspflichten über die Netzentgelte für erhöhte Transparenz.

Im Jahr 2007 haben aufgrund der aktuellen Diskussion um überhöhte Strompreise zwölf Prozent der Stromkunden ihren Anbieter gewechselt.² Dies ist weit weniger als in anderen Teilen Europas, wie in Skandinavien oder England, in denen deutlich mehr als die Hälfte der Industrie- und Haushaltskunden ihre Stromanbieter wechseln.

¹ Vgl. Kemfert, C., Müller F.: Die Energiepolitik zwischen Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit – Chancen und Perspektiven für die Energieversorgung: Editorial. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW Berlin, 1/2007, 5–16.

² Die Verbraucherzentralen werben seit Dezember 2007 aktiv für den Stromwechsel, vgl. www.verbraucherzentrale.de/stromwechsel/aktuell.php.

Fünf Fragen an Claudia Kemfert

„Wettbewerb schafft Monopole“

Frau Kemfert, der Strommarkt in Deutschland wird von vier großen Stromanbietern beherrscht. Kann man da von echtem Wettbewerb sprechen?

Nein, das kann man nicht, denn über 80 Prozent der Stromerzeugung werden von eben diesen vier Stromanbietern kontrolliert. Es gibt Studien, die zeigen, dass dies auch zu einer Preisbeeinflussung führt. Der Verbraucher zahlt zu viel für seinen Strom.

Lassen sich die Preissteigerungen der letzten Jahre allein mit den steigenden Brennstoffpreisen und den Kostenbelastungen durch die Klimapolitik begründen?

Nur teilweise. Einerseits ist es richtig, dass die Rohstoffpreise sehr stark gestiegen sind – insbesondere der Ölpreis. Dieser hat auch den Gaspreis nach oben getrieben, weil er an den Ölpreis gekoppelt ist. Wir hatten auch Steuererhöhungen, beispielsweise die Ökosteuer und die Mehrwertsteuererhöhung. Aber wir müssen sehen, dass über 80 Prozent des Stroms auf dem deutschen Strommarkt mit abgeschriebenen Atom- und Kohlekraftwerken gewonnen werden. Da haben sich die Kosten kaum verändert.

Die EU drängt auf eine Trennung von Netzbetrieb und Stromproduktion. Doch wer kommt überhaupt als Käufer für die Stromnetze in Frage? Der Staat hat dafür wahrscheinlich kaum Geld?

Der Staat wird das Geld nicht aufbringen wollen, er hat das ja auch schon abgelehnt. Das liegt unter anderem daran, dass für die Netze sehr hohe Investitionen notwendig sind. Das sind sogenannte natürliche Monopole, sehr kapitalintensiv und mit geringer Rendite, weil sie reguliert werden und die Netzentgelte möglichst gering sind. Das heißt, auch sogenannte „Heuschrecken“ werden es nicht gerade attraktiv finden, diese Infrastruktur zu kaufen. Was man sich denken könnte, wären sogenannte Infrastrukturfonds, die sich verstärkt auf den

Kauf von Infrastruktur spezialisiert haben.

Sie plädieren für mehr Wettbewerb, sagen aber auch, dass Wettbewerb Monopole schaffen kann. Wie ist das zu verstehen? Ist das nicht ein Widerspruch?

Nein, das ist es nicht, wenn man berücksichtigt, dass der Energiemarkt ein Markt ist, wo das Gesetz der Größe zählt. Das heißt, große kapitalstarke Unternehmen stehen besser im Wettbewerb als kleine Unternehmen. Das liegt daran, dass Kraftwerke, aber auch die Infrastruktur sehr teuer und sehr kapitalintensiv sind. Gerade wenn freier unkontrollierter Wettbewerb herrscht, schließen sich Unternehmen zusammen und genau das ist in Deutschland passiert. Hier ist der Markt 1998 geöffnet worden, seit dieser Zeit haben sich sehr viele Unternehmensfusionen ergeben. Die vier großen Konzerne sind ja aus über acht Konzernen entstanden und wenn man auf den europäischen Markt schaut, sieht man, dass die Tendenz weitergeht, dass sich die Unternehmen zusammenschließen. Das liegt eben daran, dass Wettbewerb Monopole schafft.

Wir brauchen eine
» EU-Regulierungs- «
behörde für den
Strommarkt.

Welche Schritte sind notwendig, um für mehr Wettbewerb auf dem Strommarkt zu sorgen?

Insbesondere muss es einen EU-Strommarkt geben. Das heißt, auch ein besserer Handel zwischen den europäischen Ländern ist notwendig. Dazu muss man das Netz ausbauen, insbesondere zwischen den europäischen Ländern müssen sogenannte Grenzkuppelstellen verstärkt ausgebaut werden, weitere Netze müssen entstehen. Dann brauchen wir eine EU-Regulierungsbehörde, die darüber wacht, dass es keinen Marktmissbrauch gibt und dass vor allen Dingen gleiche Spielregeln in allen Ländern gelten. Einzelne Länder dürfen sich nicht abschotten, ihre nationalen Champions kreieren, die dann einen Vorteil haben auf dem europäischen Strommarkt.



Prof. Dr. Claudia Kemfert
Leiterin der
Abteilung Energie,
Verkehr, Umwelt
am DIW Berlin

Das Gespräch führte
Erich Wittenberg.

Das vollständige
Interview zum Anhören
finden Sie auf
www.diw.de

Indikator für Wettbewerb: Strompreise

Die Strompreise auf dem deutschen Strommarkt haben sich im Verlauf des letzten Jahrzehnts deutlich erhöht. Diese Entwicklung lässt sich zum Teil mit steigenden Brennstoffpreisen und den Kostenbelastungen durch die Klimapolitik begründen. Tatsächlich sind die Preise wichtiger, zur Stromerzeugung eingesetzter Energieträger in den letzten Jahren dramatisch gestiegen. So legte zwischen 2004 und 2007 der Gaspreisindex um rund 66 Prozent und der Preis für Kraftwerkskohle um rund 40 Prozent zu. Somit haben sich die Gesteungskosten der Stromerzeugung, die etwa zur Hälfte durch Brennstoffkosten entstehen, um circa ein Viertel erhöht. Im selben Zeitraum wurde der Europäische Emissionshandel eingeführt und bewirkt heute bei einem Preis von rund 20 Euro pro Tonne CO₂ eine durchschnittliche emissionsbedingte Kostenbelastung von rund 1,4 Cent pro Kilowattstunde. Nur knapp ein Drittel des Strompreises für Verbraucher entfällt auf die von Brennstoffpreissteigerungen und Emissionshandel beeinflussten Großhandelspreise (Abbildung 1).³ Wichtige weitere Komponenten des Strompreises sind die Netznutzungspreise sowie die Steuer- und Abgabenbelastung.

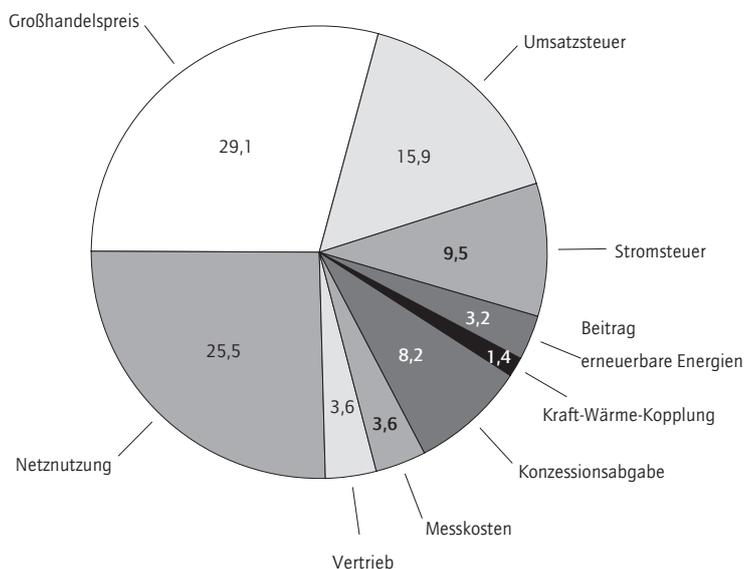
Im europäischen Vergleich (EU-27 und Norwegen) liegt Deutschland mit seinem Strompreis für

³ Vgl. Kemfert, C.: Der Strommarkt in Europa zwischen Liberalisierung und Klimaschutz – Herausforderungen für die zukünftige deutsche Energieversorgung. In: Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht, 2/2005, 243–258.

Abbildung 1

Zusammensetzung des Strompreises in Deutschland 2006

Anteile in Prozent



Quelle: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft.

DIW Berlin 2008

Haushalte an zehnter Stelle und damit weit über dem Durchschnitt (Abbildung 2). Teilweise lassen sich diese Preisdifferenzen durch große Unterschiede im Erzeugungsmix der Länder erklären. So ist die überwiegend auf Kernenergie basierende französische Stromerzeugung auf der Kostenseite weitgehend unabhängig von Brennstoffpreissteigerungen und dem Einfluss des Emissionshandels. Andererseits weisen aber auch Länder mit vergleichbaren Erzeugungsstrukturen, wie etwa Spanien und das Vereinigte Königreich, weit geringere Strompreise auf. Ein wichtiger Grund für überhöhte Preise wird in vielen Studien in der Marktkonzentration von Stromkonzernen gesehen.⁴ Die Bundesnetzagentur und das Kartellamt in Deutschland weisen seit Jahren darauf hin, dass die Marktmacht der Konzerne dazu führen kann, dass die notwendigen Investitionen in Kraftwerke und Netze nicht in ausreichendem Maße getätigt werden. Die Konsequenz ist neben eingeschränkter Versorgungssicherheit ein weiterer möglicher Preisanstieg.⁵

Deutschland hat sich zudem verpflichtet, die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent zu senken. Ein drastischer Zubau neuer Kohlekraftwerke und ein gleichzeitiges Abschalten der Kernkraftwerke können dazu führen, dass die Erfüllung der Klimaziele zu deutlich steigenden Preisen führt. Eine Verknappung des Angebots kann diesen Effekt verstärken.

Tatsächlich hat es in Deutschland seit dem Beginn der Liberalisierung des Strommarktes eine Welle von Fusionen und Übernahmen gegeben, die zur Erhöhung der Konzentration auf der Erzeugerseite des Strommarktes geführt haben. In dieser Hinsicht besonders relevant sind die Zusammenschlüsse von RWE und VEW zur neuen RWE AG, von Preussenelektra mit dem Bayernwerk zur Eon AG sowie die Übernahme von HEW, BEWAG und des größten Teils der VEAG durch die schwedische Vattenfall.

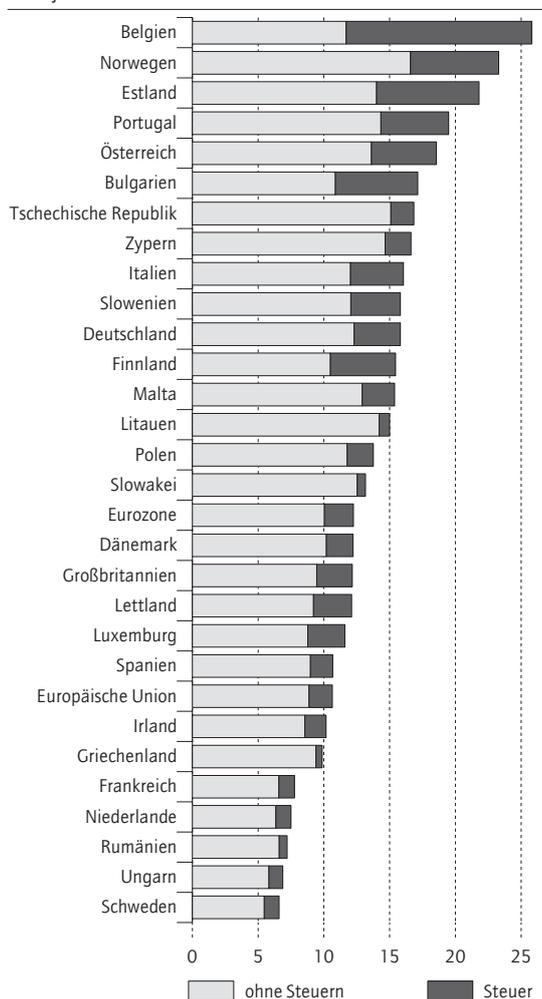
⁴ Eine Studie im Auftrag der VIK belegt, dass aufgrund des Anbieterkartells das Stromangebot künstlich knapp gehalten wird, um die Preise nach oben zu treiben, vgl. von Hirschhausen, C., Weigt, H., Zachmann, G.: Preisbildung und Marktmacht auf den Elektrizitätsmärkten in Deutschland: Grundlegende Mechanismen und empirische Evidenz. Dresden 2007. Die EU-Kommission hat zudem im Rahmen des Benchmark Reports eine marktbeherrschende Stellung festgestellt, vgl. EU-Kommission: Prospects for the Internal Gas and Electricity Market. DG Competition Report on Energy Sector Inquiry. Brüssel 2007. Eine weitere Studie bezweifelt diesen Zusammenhang und verweist auf den möglichen Wettbewerb durch zunehmende Importe, vgl. Ockenfels, A.: Marktmachtmessung im deutschen Strommarkt in Theorie und Praxis. In: Energiewirtschaftliche Tagesfragen, Heft 9/2007, 2–19.

⁵ Die deutsche Energie-Agentur (Dena) kommt im Rahmen einer Kurzstudie zu dem Schluss, dass Deutschland durch den Wegfall der Kernkraftwerke und den gehinderten Zubau von Kohlekraftwerken eine „Stromlücke“ droht, vgl. Deutsche Energie-Agentur GmbH: Kurzanalyse der Kraftwerks- und Netzplanung in Deutschland bis 2020 (mit Ausblick auf 2030). Kurzfassung der zentralen Ergebnisse. Berlin 2008. Auch deutsche Energiekonzerne sehen diese Gefahr, vgl. www.netzeitung.de/politik/deutschland/916797.html.

Abbildung 2

Strompreise für Haushalte in Europa mit und ohne Steuern

Cent je Kilowattstunde



Quelle: Eurostat. DIW Berlin 2008

Das Ergebnis des Konzentrationsprozesses ist eine von vielen Beobachtern als bedenklich eingestufte Marktstruktur. In der Deutschen Stromwirtschaft verfügen die vier größten Erzeuger über einen

Marktanteil von über 80 Prozent, wobei allein über 30 Prozent auf den größten Erzeuger Eon entfallen (Tabelle).

In den letzten Jahren haben sich die *Mergers & Acquisitions- (M&A)* Aktivitäten im Gegensatz zur oben beschriebenen ersten Fusionswelle auf kleinere Stadtwerke beschränkt. So hat beispielsweise die französische Gaz de France den Stadtwerken Leipzig ein Übernahmeangebot unterbreitet. Derartige Verschiebungen in der Eigentumsstruktur unter kleineren Akteuren auf einem Markt sind jedoch nicht wettbewerbsgefährdend. Im Fokus der nationalen und europäischen Wettbewerbsbehörden stehen daher Aktivitäten der größten Unternehmen. So wurde noch im Jahr 2007 eine mögliche Übernahme der RWE AG durch den größten Stromproduzenten Europas, die französische Electricité de France (EdF), diskutiert. Berücksichtigt man, dass EdF bereits größter Anteilseigner der EnBW ist und faktisch mit dieser kooperiert, hätte eine derartige Übernahme gravierende Konsequenzen für die Marktstruktur in Deutschland. Der Marktanteil der zwei größten Stromanbieter würde sich von 55 auf 65 Prozent erhöhen. Die Berechnung der Auswirkung dieser Marktkonzentration mit dem EMELIE-Modell (Kasten) ergeben Preissteigerungen auf dem Großhandelsmarkt von weiteren sechs Prozent und einen Anstieg der Gewinne der deutschen Stromproduzenten um knapp eineinhalb Milliarden Euro jährlich.

Trennung von Stromnetz und -produktion endlich durchführen

Die EU-Kommission wirft Deutschland seit Jahren völlig unzureichenden Wettbewerb auf dem Strom- aber auch auf dem Gasmarkt vor und will die deutschen Konzerne zwingen, Netzbetrieb und Stromproduktion zu trennen. Rein wettbewerbstheoretisch wäre es völlig korrekt, das Netz von der Produktion zu trennen (so genanntes

Tabelle

Konzentration der Erzeugungskapazitäten in Deutschland und wichtigen Nachbarländern

Marktanteile in Prozent

	Deutschland				Frankreich	Spanien		Italien
Der größte Erzeuger	31				81	30		46
Die beiden größten Erzeuger	55					52		
Die drei größten Erzeuger	70							
Die vier größten Erzeuger	81							
Unternehmen	EON	RWE	Vattenfall	EnBW	Edf	Endesa	Iberdrola	Enel
Installierte Kraftwerksleistung in Gigawatt	26	20	13	9	83	17	12	33
Landesweit installierte Kraftwerksleistung in Gigawatt	84				103	56		71

Quellen: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

EMELIE

Das Strommarktmodell EMELIE wurde zur Simulation des Strommarktes bei strategischem Verhalten marktbeherrschender Stromerzeuger entwickelt und bildet den gesamten kontinentaleuropäischen Markt mit dessen Eigentumsstrukturen in der Stromproduktion ab. Über detaillierte Kraftwerksinformationen und internationale Stromnetzrestriktionen werden 36 strategische Firmen in 25 Ländern berücksichtigt. Die vom DIW Berlin ermittelten Ergebnisse für die Marktstruktur basieren auf den EMELIE-Daten. Sie berücksichtigen neben den in direktem Eigentum der großen Akteure befindlichen Erzeugungskapazitäten auch die durch indirekte Beteiligungen entstehende Kontrolle über Kraftwerke. Mit EMELIE lassen sich umweltpolitische und marktpolitische

Maßnahmen wie der Emissionshandel, die Förderung erneuerbarer Energien und beispielsweise die Wirkung von Unternehmenszusammenschlüssen analysieren.¹

¹ Vgl. Kempter, C., Traber, T.: The Choice between Biomass and Advanced Fossil Fuel Power Plants on the Imperfect German Electricity Market under CO₂ Prices. Conference paper, proceedings of the Ecomod conference, Moskau 2007; Traber, T., Kempter, C.: Impacts of the German Support for Renewable Energy on Electricity Prices, Emissions and Profits: An Analysis Based on a European Electricity Market Model. Discussion Paper 712, DIW Berlin 2007; Lise, W., Linderhof, V., Kuik, O., Kempter, C., Östling, R., Heinzow, T.: A Game Theoretic Model of the Northwestern European Electricity Market: Market Power and the Environment. In: Energy Policy 34, 15, 2006, 2123–2136; Kempter, C.: Der Strommarkt in Europa zwischen Liberalisierung und Klimaschutz-Herausforderungen für die zukünftige deutsche Energieversorgung. In: Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht, 2, 2005, 243–258.

„unbundling“). Die Frage des Eigentums der Infrastruktur – insbesondere wenn es sich um ein so genanntes natürliches Monopol mit sehr hoher Kapitalintensität handelt – spielt immer eine bedeutsame Rolle für die Wettbewerbspolitik, wie derzeit auch bei der Diskussion um die Privatisierung des Schienennetzes der Bahn zu beobachten ist.

Zur Verbesserung des Wettbewerbs sollte die Infrastruktur immer durch ein eigenes privatwirtschaftliches Unternehmen, einen eigenständigen Systembetreiber (sogenannter Independent System Operator: ISO) oder den Staat selbst betrieben werden. Wichtig ist eine Regulierung, da ein unregulierter ISO selbst Monopolpreise erheben könnte. Ein Vorteil der Trennung von Netz und Produktion liegt darin, dass die Gefahr der Diskriminierung anderer Anbieter reduziert werden kann. Der Wunsch Brüssels, durch die Trennung von Netz und Produktion den Markt aufzubrechen und damit für mehr Wettbewerb zu sorgen, ist somit verständlich. Ungelöst bleibt allerdings noch der notwendige Ausbau der Infrastruktur und der Verbindung der europäischen Stromnetze (Grenzkuppelstellen). Dieser ist für die Verbesserung des europäischen Wettbewerbs auf dem Strommarkt unerlässlich.

Ein erster deutscher Energiekonzern (Eon) hat sich bereit erklärt, seine Netze an Dritte zu veräußern. Vermutlich geschieht dies nicht ganz freiwillig,⁶ könnte aber den Strommarkt in Europa neu strukturieren, wenn andere Konzerne dem Beispiel folgen.

⁶ Eon ist seit längerem im Visier der EU-Behörden, Marktmissbrauch und Preisabsprachen getätigt zu haben. Der Verkauf der Netze ist vermutlich ein Zugeständnis, um Sanktionen wie Bußgelder oder Zwangsverkauf zu entgehen.

Jetzt stellt sich die Frage, wer tatsächlich Interesse daran haben sollte, ein renditearmes Objekt wie die Infrastruktur – mit hohen Investitionen und regulierten niedrigen Netzentgelten – zu erwerben und zu betreiben. Der Staat wird es aufgrund von Geldmangel kaum erwerben können, sogenannte „Heuschrecken“ hätten wegen geringer Renditen wenig Interesse. Zudem würden sie kaum in ausreichendem Maße in die Infrastruktur investieren und damit die Versorgungssicherheit gefährden. Andere finanzstarke Energieunternehmen, insbesondere aus dem Ausland, hätten vermutlich eher ein strategisches Interesse, sich im Europäischen Markt zu positionieren. Den Erwerb der Netze durch ausländische Energieunternehmen (zum Beispiel Gazprom) mittels neuer Gesetze verhindern zu wollen, ist widersinnig. Denn wer Wettbewerb will, darf kapitalstarke Unternehmen nicht scheuen. Entscheidend ist die Regulierung der Netze, das heißt die Marktüberwachung, die Kontrolle der Netzentgelte, aber auch die Kontrolle der Qualität.

Die derzeit von der Bundesregierung eingebrachte Verschärfung des Kartellrechts ist zwar grundsätzlich nicht falsch und kann vor allem durch die Beweislastumkehr von den Verbrauchern zu den Produzenten das Verfahren erleichtern.⁷ Aber mehr Wettbewerb wird dadurch nicht gewonnen. Der derzeitige Vorschlag Deutschlands, zumindest teilweise eigene Netzunternehmen zu gründen, die unabhängig vom Rest des Unter-

⁷ Das Bundeskabinett beschloss am 25. April 2007 die Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) für Strom- und Gasunternehmen und die Kraftwerksanschlussverordnung. Mit beiden Maßnahmen will Bundeswirtschaftsminister Glos (CSU) den hohen Energiepreisen Einhalt gebieten und die Marktmacht der vier Konzerne begrenzen. Die Änderung des Kartellrechts für Strom- und Gasunternehmen ist Teil eines „Gesetzes zur Bekämpfung von Preismissbrauch im Bereich der Energieversorgung und des Lebensmittelhandels“.

nehmens agieren, ist auch nicht falsch. Es würde zumindest die Prozeduren erleichtern, wenn die Netzbetreiber eigenständig agieren und somit nicht die strategischen Marktinteressen der großen Energieversorger verfolgen.

Schritte zu mehr Wettbewerb

Um zügig mehr Wettbewerb auf dem Strommarkt zu erlangen, sind dringend die folgenden Schritte notwendig:

1. Die Netze in Deutschland und Europa müssen ausgebaut werden, um somit einen wirklichen Stromhandel zu ermöglichen und vor allem ausländischen Stromanbietern den Zugang nach Deutschland zu erleichtern. Der Netzausbau muss notfalls angeordnet werden. Die Diskussion um die Enteignung der Unternehmen verhindert derzeit den dringend notwendigen Netzausbau und wirkt somit eher wettbewerbsbehindernd.

2. Eine Europäische Regulierungsbehörde muss die Kompetenzen der nationalen Regulierer stärken und gleiche Spielregeln für alle europäischen Länder einführen. Vor allem muss sie über die Qualität der Netze wachen, Marktmissbrauch durch ungerechtfertigte Netzentgelte verhindern, den Markt kontrollieren und gegebenenfalls den Ausbau der Netze anweisen. Ansonsten würde der Wettbewerb durch nicht ausreichende Investitionen in die Infrastruktur und eine Marktabschottung einzelner europäischer Länder (zum Beispiel Frankreich) eingeschränkt.

3. Eine neue zentrale europäische Strombörse, an der ein Großteil des gesamten europäischen Stroms gehandelt wird, kann und muss die notwendige Transparenz schaffen. Derzeit zeigt sich, dass die Strombörsen in Europa unterschiedliche

Preise aufweisen und sehr anfällig für Manipulationen durch Anbieter sind. Dieser Effekt beruht auf einer zu geringen Anzahl von Marktteilnehmern, die das Angebot künstlich zurückhalten und damit die Preise beeinflussen können. Die Einführung einer europäischen Strombörse könnte die Anzahl der Marktteilnehmer erhöhen und damit die Möglichkeiten für strategisches Angebotsverhalten reduzieren.

Diese drei Punkte sollten möglichst umgehend angegangen werden. Sie sind erste Schritte in die richtige Richtung. Zu berücksichtigen ist dabei, dass über mehr Wettbewerb erzielte Marktpreise nicht automatisch niedrig sein müssen. Sie können durchaus steigen, wenn Kapazitäten knapp sind, die Nachfrage hoch ist oder der Klimaschutz fossile Energie verteuert. Durch mehr Transparenz kann aber vor allem die Versorgungssicherheit erhöht werden und die Volkswirtschaften vor künstlich überhöhten Preisen (Oligopolpreisen) geschützt werden.

Fazit

In Deutschland gibt es zu wenig Wettbewerb auf dem Strommarkt, aber auch auf dem Gasmarkt. Ein Indiz dafür ist die hohe Marktkonzentration, die mit der Liberalisierung im Jahr 1998 eingesetzt hat. Heute sind die Strompreise in Deutschland höher als im EU-Durchschnitt. Die Preissteigerungen sind nur teilweise auf erhöhte Abgaben zurückzuführen. Eine weitere Konzentrationswelle würde auch künftig zu steigenden Preisen führen. Um rasch mehr Wettbewerb zu erzielen, sollten die Netze in Europa ausgebaut und stärker integriert werden. Weiterhin sollte eine EU-Regulierungsbehörde über möglichen Machtmissbrauch wachen und eine einheitliche Börse für einen Ausgleich der Preise sorgen.

JEL Classification:
Q4, D43, D58

Keywords:
Strommarkt Deutschland,
Wettbewerb

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Georg Meran
(Vizepräsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Carel Mohn
Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen
vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

Walter Grützmaker GmbH & Co. KG,
Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung
– auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die
Stabsabteilung Kommunikation des
DIW Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.